

# GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 37 / 41. Jg.

14. Septbr. 1928

**ORGAN DES VERBANDES DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER UND VERWANDTE BERUFE.**

**Abonnement.** Die *Graphische Presse* erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementpreis mit *Graph. Technik* 0,50 Mk. exkl. Zustellung pro Monat. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen u. Postanstalten. (Post-Zeitungskatalog Nr. 3573). Für die Länder des Weltpostvereins 1.-Mk.

**Redaktion:**

Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstraße 86-88 III. Redaktions-  
schluß: Montag. Telefon Amt Norden 4268.  
Verlag: Johannes Haß, Berlin N 24 - Druck und Expedition  
Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastraße 8-9.

**Insertion.** Für die viergespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,50 Mk., bei Wiederholung Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 0,30 Mk. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. - *Zuschriften an die Expedition erbeten.* [Postverlagsort Scheuditz]

Verantwortlicher Schriftleiter: Hans Ronnger, Berlin N 24, Elsasserstr. 86-88 Für Inserate verantwortlich: Conrad Müller, Scheuditz-Leipzig, Augustastr. 8-9

## Der 13. Kongreß der Gewerkschaften.

Der 13. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands, der vom 3. bis 7. September im großen Saale des Hamburger Gewerkschaftshauses tagte, war ein Kongreß der Einheit und Geschlossenheit der freien, deutschen Gewerkschaftsbewegung. Fast alle Beschlüsse wurden mit überwältigenden Mehrheiten gefaßt und die entscheidenden Beschlüsse fanden nur eine oder zwei Gegenstimmen. Trotzdem stand am Beginn des Kongresses eine entschiedene Zurückweisung des geradezu verbrecherischen Tuns der sogenannten Opposition beim Hamburger Jungentreffen, das in der Ausweisung der kommunistischen Presse aus dem Verhandlungssaal seinen schärfsten, aber berechtigten Ausdruck fand.

Zur Begrüßung des Gewerkschaftskongresses durch die freie Gewerkschaftsjugend hatte der 11. Bezirk des ADGB, zu einem Jungentreffen aufgerufen, das Wiederhall im ganzen Reiche gefunden hatte. Selbst aus den entferntesten Gegenden hatten Jugendliche die Reise nach Hamburg gemacht. Die geplante Kundgebung der Jugend am Sonnabend, dem 1. September vor dem Hamburger Gewerkschaftshaus konnte nicht seinen geplanten Verlauf nehmen, weil Flegel, die sich Opposition nennen, sie in der gemeinsten Weise störten. Ja, es kam sogar zu Messerstechereien! Eine besondere Stellungnahme zu diesen Vorgängen vorbehaltend, sei doch schon jetzt gesagt: Es ist genug! Wer bewußt in der Gewerkschaftsjugend den Sinn für Solidarität und Disziplin zu ersticken sucht, steht außerhalb der Bestrebungen der freien Gewerkschaften.

Nach Erledigung der Wahl der Kongreßleitung und der Kommissionen erstattete Kollege Leipart den Bericht des Bundesvorstandes. Wir werden diesen, wie auch die übrigen gehaltenen Referate gesondert im Auszuge wiedergeben, damit die Kollegenschaft sich ein eigenes Urteil über die vom Gewerkschaftskongreß behandelten Probleme bilden kann, wie auch die gefaßten Beschlüsse noch gesondert zum Abdruck kommen werden. Die zum Geschäftsbericht gepflogene Aussprache stand auf der Höhe. Die Probleme, die die Gewerkschaften so stark berühren, standen im Mittelpunkt der Aussprache, die das Streben zeigte, gestaltend mitzuhelfen. Selbstverständlich trafen die gegensätzlichen Ansichten über den besten Weg zur Macht auch auf dem Gewerkschaftskongreß aufeinander, aber immer galt, den guten Gründen des andern nach Möglichkeit gerecht zu werden. So wird ein Meinungs austausch nicht nur Freude, sondern auch Triebkraft zu neuem Tun! Natürlich stand auch das Schlichtungswesen im Lichtkegel der Kritik und die Ansicht, daß Verbindlicherklärungen nur auf Antrag der Gewerkschaften erfolgen dürften, wurde als übertrieben bezeichnet. Aber der Kollege Nörpel rechtfertigte in glänzender Weise diese Forderung, die auch unser Verbandstag aufgestellt hat, und wies ihre Berechtigung nach, wie er überhaupt in

seiner kurzen Redezeit in glänzender Weise die Probleme des Arbeitsrechts behandelte. Infolge des Ganges der Aussprache konnte das vom Kollegen Graßmann gehaltene Schlußwort ziemlich kurz sein, da in der Aussprache nur relativ wenig Kritik an der geleisteten Arbeit des Bundesvorstandes geübt worden war. Dem Bundesvorstand wurde dann auch fast einstimmig Entlastung erteilt.

Der wichtigste Beratungsgegenstand des Kongresses war, wie von uns schon ganz richtig angedeutet worden war, Referat und Aussprache über die Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie. Der Referent betonte, nachdem er die Wirtschaftsprobleme unserer Zeit gestreift hatte, daß der Weg zum Sozialismus nur schrittweise zurückgelegt werden kann. Er führt über die Demokratisierung der Wirtschaft in ihrem weitesten Sinne. Die Forderung der Demokratisierung der Wirtschaft bedeutet also den beharrlichen und verstärkten Kampf für die Befreiung und die Entfaltung der kulturellen Kräfte der Arbeiterklasse, den Kampf für die Verwirklichung des Sozialismus.

Mit dieser Formulierung konnte der Kongreß völlig einig gehen. Gegenstand der Aussprache war deshalb nur, wie am besten zum Ziele zu kommen ist. Der Gegenstoß gegen die wirtschaftliche Autokratie des Unternehmertums ist nicht ganz ohne Erfolg geblieben. Mit Recht kann auf die Eigenbetriebe und auf die Konsumgenossenschaften verwiesen werden. Leider finden diese Ansätze einer Gemeinwirtschaft noch lange nicht die Beachtung der Arbeiterklasse, die sie berechtigt verdienen. Aber auch die wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper auf gesetzlicher Grundlage (Reichskohlenrat usw.), so unzureichend der Einfluß der Arbeiter in diesen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern vorläufig auch ist, sind brauchbare Ansätze zur Demokratisierung der Wirtschaft. Und nicht zuletzt ist das kollektive Arbeitsrecht und die soziale Gesetzgebung ein Motor, die Demokratisierung der Wirtschaft voran zu treiben.

Es aus dieser neuen, durch den Gewerkschaftskongreß geklärten, aber eigentlich alten Forderung neue Aufgaben erwachsen, versteht sich am Rande. Die Annahme der diesen Beratungspunkt abschließenden Entschließung deutet diese Aufgaben auch an. Sie weist aber auch darauf hin, daß die Lösung dieser Aufgaben zugleich ein Bildungsproblem ist. Das kam bei den Beratungen, besonders über die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften, auch zum Ausdruck. Es waren besonders die noch im Betriebe stehenden und als Betriebsräte wirkenden Delegierten, die den Mangel an geeigneter Bildung beklagten und entschieden dafür eintraten, Volksschul- und Berufsschulwesen einer gründlichen Reform zu unterziehen. Es wurde immer wieder betont, daß die Vertreter der Arbeiterschaft die Interessen ihrer Kollegen und die der Allgemeinheit nur vertreten könnten, wenn sie in der Lage seien,

auch sach- und fachlich mitzureden. Dafür fehlten aber noch viel zu oft die Voraussetzungen. Es wurden deshalb systematische Schulungskurse gefordert, die zugleich Auslese sein sollten für den Besuch der von den Gewerkschaften beschickten höheren Lehranstalten. Der Abschluß der außerordentlich interessanten Aussprache über die Bildungsaufgaben der Gewerkschaften war die Annahme der vorgelegten, von uns bereits veröffentlichten Entschließung, sowie die Anerkennung der ebenfalls vorgelegten Leitsätze.

Über die Vereinheitlichung und Selbstverwaltung in den Einrichtungen der sozialen Gesetzgebung sprach unser Kollege Hermann Müller, jetzt stellvertretender Vorsitzender des ADGB. Die von ihm aufgestellten Forderungen wurden allseitig gestützt und eine weitere Erhöhung der Unterstützungssätze gefordert. Was die Gewerkschaften auf diesem Gebiete fordern, findet seinen vollen Ausdruck in der angenommenen Entschließung, die folgenden Wortlaut hat:

„Der 13. Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands erneuert die Beschlüsse der früheren Kongresse, die auf Vereinheitlichung und Vereinfachung der Sozialgesetzgebung hinfielen. Er fordert mit allem Nachdruck, daß die Reichsregierung endlich beginnt, der nur geschichtlich zu erklärenden Zersplitterung und der damit verbundenen Verschwendung an Zeit und Mitteln in der Sozialversicherung ein Ende zu machen.

Nicht die Vereinfachung, sondern die Zersplitterung hat in der Sozialversicherung in den letzten Jahren Fortschritte gemacht. Noch immer wird unter Verkenennung der großen gemeinschaftlichen Aufgaben Sonderwünschen der Unternehmer Rechnung getragen, wofür die Neuerichtung von Innungskrankenkassen in Preußen nur ein Beispiel ist.

Der Kongreß fordert territorial aufgebauete Versicherungsträger, die, mit Ausnahme der Arbeitslosenversicherung, alle Zweige der Versicherung erfassen. Bei ihrer Errichtung ist Rücksicht zu nehmen auf Leistungsfähigkeit der Versicherungsträger und leichteste Erreichbarkeit durch die Versicherten. Beides ist zu erreichen durch die Ausdehnung auf große Gebiete, die entsprechend bezirklich oder örtlich zu gliedern sind. Im Versicherungsträger selbst sind den Aufgaben entsprechende Unterabteilungen zu schaffen.

Die Reichsversicherung verspricht den Versicherten maßgebenden Einfluß bei den Versicherungsträgern. Sie wird damit sowohl dem Zweck der Versicherung gerecht als auch dem Umstande, daß die Versicherung getragen wird von den Beiträgen der Arbeitnehmer; denn auch die Beiträge der Arbeitgeber stammen aus dem Arbeitsertrag der Versicherten. Der Kongreß fordert daher erneut Befreiung von der Vormundschaft der Arbeitgeber und der behördlichen Bureaucratie. Die Versicherten haben ein Recht auf die Selbstverwaltung.

Einer gründlichen Umgestaltung bedarf auch die Gewerbeaufsicht. Auch diese ist zu vereinheitlichen. Sie ist, obgleich auf der Reichsgewerbeordnung aufgebaut, heute Sache der Länder. Der Einfluß des Reiches, das der Träger der gesamten sozialen Gesetzgebung ist, ist dabei verschwindend gering. So entsteht von selbst die Forderung nach der Übernahme der Arbeitsaufsicht durch das Reich, die der Kongreß nachdrücklichst als seine Forderung erhebt.

Bei den erforderlichen Reformen ist, der Entwicklung folgend, die auf anderen Gebieten des sozialen Rechtes sich Bahn gebrochen hat, auf die kollektive Mitwirkung der wirtschaftlichen

Vereinigungen der größte Wert zu legen. Sie sind die Träger des Gesamtwillens.

Der Kongreß hält die Regelung der Sozialversicherung und der Arbeitsaufsicht für besonders dringlich. Unberührt bleibt daneben die Forderung nach Schaffung von einheitlichen Arbeitsbehörden bestehen. Auf dieses Ziel ist hinzuwirken auch bei dem Kongreß geforderten Reformen."

Kennzeichnen schon die Beschlüsse des 13. Gewerkschaftskongresses den Wandel, der in der Beurteilung der Gewerkschaften

eingetreten ist, so noch vielmehr die Gäste, die ihn besuchten. Neben zahlreichen Vertretern staatlicher und kommunaler Behörden nahmen am Kongreß unter anderem teil: Reichsinnenminister Severing, Reichswirtschaftsminister Curtius und Reichsarbeitsminister Wissell. Alle drei Minister sprachen zum Kongreß. Selbst wenn man auf diese Reden sehr wenig Gewicht legt, bleibt doch die Anerkennung der Gewerkschaften beste-

hen, die in diesem Besuche liegt. Aber diese Anerkennung verpflichtet auch. Der 13. Gewerkschaftskongreß ist sich seiner Pflicht auch bewußt gewesen. Er hat die Forderungen klar und einmütig formuliert, die im Interesse der Arbeiterklasse erhoben werden mußten. Jetzt gilt es nun mit ganzer Kraft daran zu arbeiten, das Geforderte zur Wirklichkeit werden zu lassen. *Es gilt, die Arbeiter zu befreien!*

## Der Bericht des Bundesvorstandes.



In Ergänzung der gedruckten Jahresberichte des ADGB leitete der Bundesvorsitzende, Theodor Leipart, seinen Bericht über die Tätigkeit des Bundesvorstandes in den letzten drei Jahren mit einem ausdrücklich betonten Bekenntnis zur Republik ein. Die Angriffe auf sie wie auf die Reichsverfassung haben noch nicht aufgehört, wenn sie auch keine ernsthaft Gefahr mehr darstellen. Mit aller Bestimmtheit erklärte er, daß die Gewerkschaften weiterhin wachsam sein werden. Er dankte dem Reichsbanner für seine dem Volk geleisteten Dienste und stellte die Forderung an die jetzige Reichsregierung, die Flaggverordnung der Regierung Luther, deren Bestimmungen geeignet sind, die Würde und das Ansehen des deutschen Volkes im Ausland herabzusetzen, wieder zu beseitigen.

Die berechtigten Ansprüche der Arbeiterschaft können durch Beteiligung an der Regierung und durch direkte Einflußnahme auf die Regierungsmaßnahmen erfolgreicher wahrgenommen werden als in der Opposition. Das ist die Ansicht aller verantwortlichen Führer der Gewerkschaften. Selbstverständlich behalten sich die Gewerkschaften auch unter dieser Regierung das Recht der Kritik überall dort vor, wo die Interessen der Arbeiterschaft sie erfordern. Die deutsche Republik soll ein wirklich neuer Staat, ein Staat des sozialen Rechts, ein Staat voll wahrer demokratischer Freiheit und Kultur sein. In dieser Beziehung ist noch vieles durchgreifender Reform bedürftig.

In seinen folgenden Ausführungen beschäftigte sich der Bundesvorsitzende mit der Entwicklung der deutschen Wirtschaft, die erst durch eine Reihe von Krisen hindurchgehen mußte, ehe ihr gewaltiger Aufschwung verhältnismäßig schnell einsetzte. Auf dem Arbeitsmarkt wirkten freilich die Krisen noch lange nach. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung, dem Besprechungen der Gewerkschaften mit dem Reichsverband der Deutschen Industrie vorhergingen, kam zu spät heraus und wurde obendrein nicht voll durchgeführt. Dem Kampf um die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der selbstverständlich verstärkt einsetzte, als die Wirtschaft sich erholte, wurde mit dem üblichen Argument entgegengetreten, daß Lohn erhöhungen zwangsweise Preiserhöhungen nach sich ziehen müßten. Diese zwangsläufige Verbindung zwischen Lohn und Preis besteht keineswegs, zumal nicht in einer Zeit umfassender Rationalisierung. Der Sinn jeder Rationalisierung ist, durch Vereinfachung und Verbesserung der Produktion zu einer Vermehrung der Warenerzeugung zu gelangen, eine Herabsetzung der Warenpreise zu ermöglichen, die wieder eine Steigerung des Absatzes zur Folge haben und angemessene Lohn erhöhungen nach sich ziehen würde. Die Produktivität der Betriebe ist ständig gewachsen, aber statt der zu erwartenden Preissenkung ist eine ständig neue Preiserhöhung eingetreten. Diese ungesunden Tendenzen gilt es ebenso zu bekämpfen wie die Zollerhöhungen für die wichtigsten Nahrungsmittel. Leipart erinnerte ferner an die Einschränkung des Gefrierfleischverbrauchs und an die Preiserhöhungen von Kohle, Kali und Eisen. Die Handelsvertragsverhandlungen haben bei der vorherrschenden Tendenz der Staaten, sich von einander abzuschließen, nicht zu befriedigenden Ergebnissen geführt. Die Ergebnisse der Weltwirtschaftskonferenz waren recht dürftig, aber ihr moralischer Einfluß ist vielleicht doch von einiger Bedeutung.

Der Vortragende wandte sich scharf gegen die Sperre, die auf Betreiben Dr. Schachts gegen die Auslandsanleihen der Städte und Gemeinden zur Anwendung gekommen ist. Sie hat vor allem den Wohnungsbau behindert. Die schädliche Politik des Reichsbankpräsidenten hat leider die Unterstützung des Reparationsagenten gefunden, der in seinen Berichten die Grenzen, die ihm durch sein Amt gezogen sind, überhaupt weit überschreitet.

Leipart ging dann kurz auf die Arbeiten der Enquete-Kommission des Reichswirtschaftsrats ein und gab dem Wunsch Ausdruck, daß neben die bereits begonnenen Arbeiten nicht nochmals neue treten, und fügte die Bitte hinzu, daß die von der Kommission herausgegebenen Berichte nicht den Umfang überschreiten sollen, der eine Gewähr dafür bietet, daß sie gelesen und verwertet würden. Im Zusammenhang mit der Mitarbeit am Institut für Konjunkturforschung sprach Leipart über die eigene Konjunkturberichterstattung der Gewerkschaften, die noch des Ausbaues bedürftig ist.

In eingehenden Ausführungen beschäftigte sich der Bundesvorsitzende mit der schweren Krise auf dem Arbeitsmarkt, die insbesondere während der Jahre 1925 und 1926 zu wiederholten Verhandlungen über Höhe und Dauer der Unterstützung führte. Der Kampf um die Erhöhung der Unterstützungen stand im Zusammenhang mit den vorbereitenden Erörterungen über die kommende Arbeitslosenversicherung. Die Organisation der Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung ist in ihren Grundzügen im Sinne der gewerkschaftlichen Vorschläge durchgeführt worden. Auch im materiellen Teil der Arbeitslosenversicherung haben die Anregungen der Gewerkschaften weitgehende Berücksichtigung gefunden. Die große Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik, umfassende die Arbeitsvermittlung, die Arbeitsbeschaffung und die Erhaltung brachliegender Arbeitskraft, ist nun Gelegenheit der Reichsanstalt, in deren Organen die Gewerkschaften überall ihre Vertreter haben. Ihnen ist damit ein weiteres Tätigkeitsfeld eröffnet. Sie tragen eine hohe Verantwortung vor der gesamten Arbeiterschaft.

Die grundsätzliche Durchführung des Achtstundentages wird, wie Leipart in seinen weiteren Darlegungen ausführte, nicht mehr auf starken Widerstand stoßen. Das eigentliche Problem liegt vielmehr in der gesetzlichen Zulassung der Überschreitungen des Achtstundentages.

Im Notgesetz über Arbeitszeit sind die Vorschläge der Gewerkschaften zur Regelung der Ausnahmen im wesentlichen nicht berücksichtigt. Die Folge dieser Unterlassung waren schwere, aber erfolgreiche Kämpfe um die Verkürzung der Arbeitszeit. Der Vortragende wies auch auf die in den letzten Jahren erreichte Anwendung der Schutzbestimmungen des § 7 auf die Arbeitszeit in gesundheitsschädlichen Betrieben hin; einige gutachtliche Empfehlungen des Reichswirtschaftsrates sind freilich noch immer unberücksichtigt.

In seinen Ausführungen zur Lohnpolitik erinnerte der Bundesvorsitzende an die vom Bundesvorstand durchgeführte Erhebungen über den wirklichen Arbeitsverdienst, die gezeigt haben, daß selbst bei den leistungsfähigsten Arbeitern der Tariflohn nur um ein geringes überschritten wurde. Da die Preisensenkungsmaßnahmen der Regierung nie einen Erfolg aufzuweisen hatten, da eine Preissenkung von seiten der Wirtschaft selbst auch nicht eingetreten ist, so blieb für die Gewerkschaften nur die Erhöhung der Löhne als einziger Ausweg übrig, der allerdings erst Ende 1927 mit wirklichem Erfolg besritten werden konnte.

Ein schwieriges Problem in der bisherigen Lohnpolitik stellt das öffentliche Schlichtungswesen dar, insbesondere die Verbindlicherklärung von Schiedssprüchen. Das verfassungsmäßige Recht zum Kampf muß gewahrt bleiben. Die Gewerkschaften lehnen aber das staatliche Schlichtungswesen natürlich nicht ab. Sie haben es selbst gefordert. Aber der Staat sollte sich im allgemeinen jetzt tatsächlich mehr auf die Schlichtung beschränken. Das System der Zwangsschiedssprüche muß beschränkt werden auf die Ausnahmefälle, in denen wirklich ein öffentliches Interesse daran vorliegt, einen Arbeitskampf zu vermeiden, oder in denen soziale Gründe es rechtfertigen, eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen gegen reaktionäre Arbeitgeberkreise doch durchzusetzen. Im übrigen ist an eine Änderung des Systems nur dann zu denken, wenn alle Unternehmer sich bereitwillig auf den Boden des Tarifvertrages stellen.

Leipart streifte kurz die neuen arbeitsrechtlichen Gesetze und wandte sich dann den Bestrebungen der Gewerkschaften zu, den jugendlichen Arbeitern und Lehrlingen wirksame Hilfe angedeihen zu lassen. Insbesondere sind erfreuliche Fortschritte in der tarifvertraglichen Regelung der Lehrlingsverhältnisse zu verzeichnen, die erhebliche Verbesserungen in der Urlaubsfrage ermöglicht haben. Die Fragen der Jugendorganisation und der Jugendbewegung werden immer mehr als eine bedeutsame Angelegenheit der Gewerkschaftsbewegung anerkannt. Mit großem Nachdruck setzte sich der Bundesvorsitzende dafür ein, daß die Verbände künftig mehr als bisher auch Frauen aus dem Beruf in die Verwaltungsarbeit der Verbände hineinnehmen und ihnen Gelegenheit geben, sich für die praktische Mitarbeit auf allen Gebieten zu entwickeln.

Leider besteht in Deutschland, so führte Leipart aus, ein großer Mangel an Ärzten, die auf dem Gebiete der Gewerbehygiene erfahren sind. Der Bundesvorstand hat daher im November 1927 gemeinsam mit den anderen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen eine Eingabe an den Reichs-

innenminister und andere zuständige Stellen gerichtet, in der die Errichtung von Professuren für Sozialhygiene gefordert wird. Es ist zu hoffen, daß trotz der ablehnenden Haltung der Universitäten dieser Forderung Genüge getan wird.

Der alte Streit um die Organisationsfrage ist durch die Breslauer Beschlüsse in ruhige Bahnen geleitet worden. Leipart hob hervor, daß die deutschen Gewerkschaften hinsichtlich der Zusammenfassung der gewerkschaftlichen Kräfte in der ganzen internationalen Gewerkschaftswelt an der Spitze marschieren. Die Verhandlungen über die Reform der inneren Verwaltung der Verbände haben zur Aufstellung von einheitlichen Richtlinien in einer Reihe wichtiger Fragen geführt, die eine erfreuliche Angleichung der Satzungen und damit ein höheres Maß von Einheit zur Folge hatten.

Im Zusammenhang mit der wachsenden Bedeutung des Bundes als nationaler Zentrale der Gewerkschaften ergibt es sich, daß zahlreiche gemeinsame Aufgaben, die sich dauernd vermehren, einheitlich von zentraler Stelle erledigt werden müssen. So wird sich z. B. auf die Dauer nicht vermeiden lassen, die Prozeßvertretung vor den Arbeitsgerichten zu „rationalisieren“ und zu diesem Zwecke die Arbeitersekretariate auszubauen.

Die besondere Bedeutung, welche die Gewerkschaften den Bildungsfragen beimessen, ergibt sich nicht nur daraus, daß der Ausbau und die Vereinheitlichung des gewerkschaftlichen Bildungswesens nach neuen Richtlinien in Angriff genommen werden. Darüber hinaus drängen die Gewerkschaften darauf, daß die Arbeiterbildung in das Gesamtsystem des öffentlichen und freien Bildungswesens eingeordnet wird. Die Volksschulen und die Berufsschulen sind als Stätten der Arbeiterbildung von entscheidender Bedeutung. Die Gewerkschaften halten eine Erziehung der Kinder und Jugendlichen in einem freien, allen engen Vorurteilen abgewandten Geist für die beherrschende Erziehungsaufgabe. Sie haben deshalb entschieden gegen den Keudellschen Reichsvolksschulgesetzentwurf Stellung genommen.

In seinen anschließenden Darlegungen beschäftigte sich Leipart mit den bemerkenswerten und sehr anzuerkennenden Wandlungen, welche die Gewerkschaftspresse in ihrer äußeren Gestalt wie in ihrem inneren Ausbau erfahren hat. Sie ist in mancher Beziehung das wichtigste Bildungsmittel der Gewerkschaften. Von ihrer Bedeutung und Verbreitung wissen die Außenstehenden im allgemeinen so gut wie nichts.

Der Vorsitzende schloß seinen Bericht, indem er noch einmal die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Schulung und der geistigen Vertiefung für alle Gewerkschaftsfunktionäre und für alle Mitglieder hervorhob, und indem er den Tausenden und Hunderttausenden, die im Dienste der Bewegung tätig sind, dankte für ihre ideale Gesinnung und Arbeitsfreudigkeit, die auch in Zukunft eine Bürgschaft seien für die Größe und Stärke der deutschen Gewerkschaften.

## Die Wirtschafts- und Finanzkraft der „Arbeitnehmer“.

Als Arbeitnehmer im weiteren Sinne des Wortes gelten hier alle Gehalts- und Lohnempfänger. Auf sie stützt sich die konsumgenossenschaftliche Bewegung Deutschlands. Und von 15 bis 16 Millionen Familien der deutschen Bevölkerung sind auch schon nahezu 4 Millionen konsumgenossenschaftlich organisiert, also ein volles Viertel. Es fehlen noch 8 Millionen Arbeitnehmerfamilien, deren Wirtschaftsinteressen von der konsumgenossenschaftlichen Organisation in der Warenversorgung gewahrt werden. Wenn sie von der Bedeutung ihrer gesammelten, organisierten Wirtschaftskraft und Finanzkraft erfüllt wären, so würden sie erkennen, daß sie nicht nur „Arbeitnehmer“, sondern die eigentlichen Arbeitgeber in der deutschen Volkswirtschaft wären.

Das deutsche Volk verbraucht jährlich für etwa 30–32 Milliarden Mark Waren, Lebensmittel usw. Die Gehalts- und Lohnempfänger könnten durch die Konsumgenossenschaften mindestens die Hälfte dieser Riesensumme „konsumieren“. Was bedeutet, daß zahllose bestehende Fabriken zu Genossenschaftsunternehmungen umgewandelt und zahllose neue errichtet werden müßten. Kapitalprofit und Kapitalrisiko verschwänden, mit Kartellen, Syndikaten und Monopolpreisen. Die Ersparnis würde bei besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen von Hunderttausenden Gehalts- und Lohnempfängern in den Genossenschaftsbetrieben bei einem Umsatzbetrag von 15 bis 16 Milliarden Mark

mindestens 2 Milliarden — zweitausend Millionen Mark — betragen. Jährlich! Und es wäre unmöglich, daß Unternehmer und Handelskartelle den Handel nicht nur die Einkaufs-, sondern auch die Verkaufspreise vorschreiben könnten, die die Verbraucher bezahlen müssen. Eine Tatsache, die heute nur möglich ist, weil der Privathandel keine Kraft und auch kein Interesse besitzt, sich gegen die Preisvorschriften der Kartelle zu wehren, weil er häufig daran noch mehr verdient, gegen die Konkurrenz geschützt ist, und vor allem weil die Monopolpreise ja doch von den Verbrauchern in Stadt und Land bezahlt werden.

Ist so die Wirtschaftskraft der Verbraucher — konsumgenossenschaftlich organisiert — eine ungeheure, so daß sie ihn zum wirklichen Arbeitgeber in der Volkswirtschaft macht, so kommt man zum gleichen Ergebnis bezüglich ihrer Finanzkraft. Denn der Multiplikator wird durch die Masse gebildet. Schon bei einem Geschäftsanteil von 30 Mark, wie er fast allgemein für jedes Mitglied in den Konsumgenossenschaften aus den Rückvergütungen vom Warenumsatz gebildet wird, also nicht einzuzahlen ist, ergibt sich bei einem Stande von 12 Millionen Gehalts- und Lohnempfänger ein eigenes Betriebskapital von 360 Millionen Mark. Und mit nur 40 Millionen Mark Betriebskapital finanzieren heute schon die Konsumgenossenschaften einen jährlichen Warenumsatz von 1000 bis 120 Millionen Mark. Dabei liegen aber auch schon nahezu 300 Millionen Mark in den Sparkassen der Konsumgenossenschaften. Bedenkt man nun, daß vor dem Kriege die deutschen Sparkassen in 22 Millionen Sparbüchern 19 Milliarden Mk. von Lohn- und Gehaltsempfängern aufgestapelt hatten, so erkennt man auch ihre ungeheure Finanzkraft. Eine Finanzkraft, die hinreichend wäre, um jede konsumgenossenschaftliche Unternehmung zu finanzieren und rationell zu gestalten. Ja, würden die 12 Millionen Familien der Gehalts- und Lohnempfänger die errechnete Ersparnis im Betrage von 3 Milliarden Mark jährlich aus ihrer Wirtschaftskraft den Konsumgenossenschaften zu Umtrieb überlassen, so stünden ihnen in 10 Jahren — und was ist dies für ein kleiner Zeitraum in der Volkswirtschaft! — 20 Milliarden Mark zur Verfügung, ohne daß auch nur ein Pfennig von Gehalt und Lohn dazugekommen wäre!

Man sieht: Die Wirtschafts- und Finanzkraft der Gehalts- und Lohnempfänger ist unerschöpflich. Dem Privathandel unbedingt überlegen. Aber sie muß konsumgenossenschaftlich organisiert sein. Organisiert sei!

**„Schwarze Listen!“**

Längst ahnten wir dies. Aus gewissen Vorwissen der näheren und weiteren Umgebung konnten wir das schließen. Doch fehlte uns der unumstößliche Beweis hierfür, um die Ahnung zur Gewißheit werden zu lassen. Heute nun kann der Beweis in aller Herzensfrische erbracht werden. Es sei! Das Monstrum christlicher Nächsten- und Menschenliebe soll und darf weder der Kollegen im Reich noch der Nachwelt vorenthalten werden: Bonus vir semper tiro! Ist das etwa Décadence der christlichen Gesinnung in den berührenden Kreisen? — In flagranti ertappt, meine Herren!

Ein günstiger Wind wehte und das Dokument war zur Stelle. Ein günstiger Wind brachte uns diese meisterhafte Liebesbotschaft ins Haus.

Es gibt also doch „Schwarze Listen“, meine Herren vom Gewerbe! Bei irgendeiner Gelegenheit vor Jahren hielten wir den Herren anläßlich einer Verhandlung, diese, unsere Meinung vor. Es war zu augenscheinlich für uns geworden. Man stellte sich unwissend, unschuldig sei man daran, wie ein Lämmlein auf der Weide. Was wir uns nur einbilden, so etwas gäbe es doch nicht in einer Tarifgemeinschaft. Derartige wie „Schwarze Listen“ kennen sie nicht. Außerdem den Namen des genannten Gehilfen hörten sie zum ersten Male. Man könnte wirklich nichts dafür, daß der betreffende Gehilfe seit Monaten nicht mehr im Gewerbe unterkäme. Und doch scheint mir jetzt nach dem Beweisstück, daß es damals hieß: cede majori! — — — Schließlich, nach weiterer Zeit, muß der „Fall“ sich gebessert haben, er wurde als gebessert behandelt, der Gehilfe konnte in das Gewerbe zurückkehren. Er war in Gnaden seiner Pein erlöst.

Auch diese Möglichkeit geht klar und deutlich aus dem Wortlaut des weiter unten folgenden Schriftstückes hervor. Wir wissen also genau Bescheid. Unverrückbar steht es fest. Doch lassen wir nun den genauen Wortlaut folgen, alle Leser dieser Zeilen brennen wohl darauf. Man lese:

*Verband Deutscher Offset- und Steindruckereibesitzer, Abteilung: Fachverband.*  
Geschäftsstelle: Leipzig C 1, Dtsch. Buchgewerbe.  
Fernspr. Nr. 13975. Telegr.: Steindruck  
Postcheckkonto: Leipzig 52836.

Tag.-b. Nr. .... Leipzig C 1, den ..... 1928.  
Red.-chr. Nr. ....  
In der Antwort gefl. wiederholen.

An unsere Herren Mitglieder!

Strag vertraulich!

„Inbei übersenden wir Ihnen unsere „Schwarze List.“ (folgt Nr.) nebst einem Vordruck zur

Schwarzen Liste (folgt nächste Nr.). Wir bitten Sie wiederholt, die Ihnen übersandten *Schwarzen Listen streng vertraulich zu behandeln.* Die Unterlagen für die neue Liste bitten wir uns baldmöglichst zu übermitteln, da die Schwarzen Listen nur dann einen Wert haben, wenn sie möglichst rasch hintereinander folgen.

Wiederholt bitten wir, uns gegenüber die Bemerkung „Vorsicht“ ohne nähere Begründung nicht zu machen, sondern den Tatbestand anzugeben, aus welchem wir dann das uns richtig erscheinende Stichwort entnehmen.

Schließlich erbitten wir Ihre gefl. Mitteilung in den Fällen, bei denen sich die Verhältnisse gebessert haben.

Wir müssen unsere Mitglieder noch darauf hinweisen, daß sie für die Mitteilungen, die sie uns für die Schwarzen Listen zugehen lassen, die Verantwortung für die Richtigkeit der Meldung übernehmen müssen, da für uns die Nachprüfung dieser Richtigkeit unmöglich ist und wir die uns zugehenden Meldungen nur im Vertrauen auf unsere Mitglieder weitergeben können. Ferner bitten wir, bei den uns gemeldeten Firmen die nähere Bezeichnung der Branchen mit anzugeben.

Ihre Mitteilungen wollen Sie gefl. *recht deutlich schreiben.*

Mit vorzüglicher Hochachtung:  
*Verband Deutscher Offset- und Steindruckereibesitzer, Abteilung: Fachverband.*

Der Vorsitzende:  
gez.: Wilh. C. Meissner.

Der Syndikus:  
gez.: Dr. Schubert, Rechtsanwalt.

2 Anlagen.

Die beiden Anlagen sind die beiden aus dem Schreiben hervorgehenden Listen.

Dies der Wortlaut des ominösen Rundschreibens des Unternehmertums. Diese Handlung soll dazu dienen, wieder herrschen zu können wie einst. Ganz in Omnipotenz! Man macht sich kein Gewissen, was aus dem Verfeimten wird und seiner Familie. Man kümmert sich dabei auch nicht um bestehende Gesetze. Was gehen uns Gesetze an? Hier sind wir allein die Herren! Und wie, meine Herren, wenn ein Bericht falsch Zeugnis redet wider seinem Nächsten? Du sollst das Recht des Armen nicht gegen in seiner Sache! Zeugen diese „Schwarzen Listen“ von christlicher Moral, auf die man bei den Armen — beim Volk — so viel gibt? Dem Volke läßt man predigen: „Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst!“ Und wie handelt man?

Und weiter, entspricht diese Handlung dem Gesetz von Treu und Glauben unter Tarifkontrahenten? Ich sage Nein! Man fühlt dies wohl auch, darum diese große Vorsicht beim Anschreiben: *streng vertraulich.* Ob dies die einzige geheime Machenschaft des Unternehmertums ist? Man möchte es nach dem Vorliegenden zu urteilen, bezweifeln. Der günstige Wind wird uns weitere Aufklärungen zuteil werden lassen! — 0 —

**Gautag Rheinland-Westfalen.**

Die Tagesordnung des Verbandstages ließ ersatzm erscheinen, diesmal den ordentlichen Gautag abzuhalten, wenn die Ergebnisse der Beratungen des Verbandsparlamentes vorlagen.

Am 1. und 2. September tagten in der nieder-rheinischen Samt- und Seidenstadt Krefeld die Vertreter der Gaumitgliedschaften. Der Gauleiter konnte bei Eröffnung 30 gewählte Kollegen, die Gauleiter der graphischen Verbände, den Vertreter des Ortsausschusses des ADGB. und als Vertreter der Verbandszentrale den Kollegen Herbst begrüßen.

Nach den freundlichen Worten der Gäste wurden zu Vorsitzenden gewählt, der Gauleiter und der Kollege Bongartz (Krefeld), zu Schriftführern die Kollegen Dhonau (Sobornheim), Meinhardt (Essen) und Oesper (Barmen). Der Einleitungsrede des Kollegen Reiß, welche in den Dank an die Funktionäre ausklang für ihre treu und opferbereite Mitarbeit, folgten im zweiten Punkt der Tagesordnung die Berichte der Verbandstagsdelegierten über die in Jena geleistete Arbeit. Die vier Referate zeigten in prägnanter Fassung den Rückblick auf vergangene Zeit, die Überwindung der aufgetretenen Schwierigkeiten, das verständnisvolle Zusammenarbeiten aller Verbandsteilnehmer in dem Bestreben, dem Verbands- und der Kollegenchaft zu dienen. Die anschließende Diskussion ließ Zeit und Stunde vergessen, erst das Nahen der Krefelder Kollegen mit ihren Angehörigen mahnte zur Vertagung, um der Einladung der Mitgliedschaft zu einem gemütlichen Abend Folge zu geben. Was die kleine Mitgliedschaft Krefeld den Delegierten bot an künstlerischen Leistungen, stand auf hoher Warte und verdient vollste Anerkennung.

Am Sonntagmorgen eröffnete Kollege Herbst den Reigen durch ein einstündiges Referat über „Wirtschaft und Technik“. Durch eine ausgewählte Drucksachenausstellung belegt, wies der Redner die Veränderungen in unseren Berufen nach und folgerte, daß der Umschichtungsprozeß

noch im vollen Gange sei. Seinen Ausführungen folgten die zahlreich erschienenen Kollegen mit gespanntem Interesse. Kollege Herbst versteht es meisterlich, auch trockene Themen durch seinen köstlichen Humor gewürzt, einem Gremium so zu Gehör zu bringen, daß sie nie langweilen. Seine Mahnung, den technischen Belangen mehr als bisher die größte Aufmerksamkeit zu widmen, verfehlte nicht eine nachhaltige Wirkung. Es mag falsch sein, daß der tüchtigste Arbeiter auch der beste Gewerkschafter sein wird, richtig aber ist, daß der beruflich Tüchtige seiner Kraft und seiner Stärke bewußt ist und schon um deswillen den Aufgaben der Berufsverbände ein größeres Verständnis entgegenbringt. Kollege Sack gliederte sein Referat in drei Hauptpunkte: 1. Agitation, 2. Erziehung zum Gewerkschafter, 3. Funktionärausbildung. Ob es der Mühe lohnt, die wenigen Außenseiter immer und immer wieder zu bearbeiten, hängt ab von den örtlichen Verhältnissen; sie bilden den Gradmesser der Beurteilung und legen unter Umständen auch Beschränkungen auf. Der Aufgabenkreis der Gewerkschaften ist größer gezogen, dies bedingt eine systematische Durchbildungsarbeit unserer Kollegen. Sollen die Aufgaben der Zukunft gelöst werden, so bedarf es der Erziehung zu tüchtigen und zielbewußten Gewerkschaftern. Die Sozialgesetzgebung, das neue Arbeitsrecht, zwingen zur Heranbildung tüchtiger Funktionäre, deren Wissen ausreichend sein muß. Nicht mit Schlagworten können schwierige Situationen gemeistert werden, sondern durch Geist und weitreichende Kenntnis der wirtschaftlichen Zusammenhänge.

Es wäre wünschenswert, daß unsere Kollegen sich mehr an den Bildungsbestrebungen des ADGB. beteiligen, um das Allgemeinwissen zu bereichern. Im nächsten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Reiß über die Berufslage im Gau. Seine Erfahrungen gaben einen guten Überblick zu den einzelnen Orten, er stellte die Möglichkeiten heraus, welche die betrieblichen Umstellungen bringen müssen. An Hand statistischen Materials wies er nach, daß es in der Berichtsperiode doch erheblich vorwärts gegangen sei. Ein Grund zum Pessimismus läge keinesfalls vor, scharfe Beobachtung, klare Erkenntnis und enges Zusammenarbeiten mit den Verbandskörperschaften sichern unsere Zukunft. Redner moniert, daß im Auskunftsessen manch falsche Schlüsse gezogen werden und wünscht die Beseitigung der aufgetretenen Übelstände. In einer teilweise recht lebhaften Diskussion, deren Sachlichkeit betont werden muß, wurde zu den Referaten Stellung genommen.

Von fünf vorliegenden Anträgen des Gauvorstandes fanden vier Zustimmung. Antrag 1 mußte abgelehnt werden, da nach Meinung die Vorbereitungen noch näher besprochen werden müßten.

Als nächster Tagungsort wurde einstimmig Koblenz gewählt.

Im Schlußwort sagte Kollege Reiß: „Ich freue mich, feststellen zu dürfen, daß unsere Tagung den gleich sächlichen Verlauf genommen hat, wie der Verbandstag. Jeder Funktionär ist sich bewußt, das Bestmögliche getan zu haben für die Interessen der Kollegen und des Verbandes. Kol. Herbst bitte ich, der Verbandsleitung unsere Grüße zu übermitteln mit der Zusicherung, daß der Gau Rheinland-Westfalen treu zum Verbandsstande stehen wird, daß der pulsierende Geist weiter ringen und wagen wird zum Nutzen der Gesamtheit. Ich danke Krefeld für die überaus kollegiale Aufnahme und schließe die Tagung mit dem Gelöbniß, Alles zum Nutzen der Kollegen! Alles zum Nutzen des Berufes!“ St.

**Rundschau.**

**Der neue Vorstand des ADGB.**

Der Gewerkschaftskongreß in Hamburg gab dem Vorstand des ADGB. folgende Zusammensetzung:

Theodor Leipart, Vorsitzender; Peter Graßmann, Hermann Müller, stellvertretende Vorsitzende; Hermann Kube, Kassierer; Paul Umbreit, Redakteur; Alexander Knoil, Willy Eggert, Sekretäre. Zu Beisitzern wurden gewählt: N. Bernhardt, Baugewerksbund, C. Bruns, Fabrikarbeiter, A. Janschek, Bergarbeiter, H. Mahler, Lederarbeiter, G. Reichel, Metallarbeiter, G. Schmidt, Landarbeiter, K. Schrader, Textilarbeiter und F. Tarnow, Holzarbeiter.

**Das Kind als Opfer der Gesellschaft.**

Prof. Dr. James Brock hat eine große Reihe von Sittlichkeitsverbrechen einer Untersuchung unterzogen, über deren Ergebnis er in der Zeitschrift für die gesamte gerichtliche Medizin berichtet. Er kam in seinen Beobachtungen zu dem bedauerlichen Ergebnis, daß in rund einem Viertel dieser Fälle (24,7 Proz.) Kinder bis zu 10 Jahren das Opfer der Sittlichkeitsverbrechen gewesen sind.

Eine erschreckende Zahl und ein furchtbares Spiegelbild der sozialen Verhältnisse. Hätte jeder seine Arbeit, sein Einkommen, sein Heim und die Mittel zur kulturellen Ausfüllung der Freizeit, dann würde das Ergebnis ganz unzweifelhaft anders sein.

# Feuilleton.

## Leo Tolstoi zu seinem 100. Geburtstag.

Der russische Graf und Dichter, Leo Nikolajewitsch Tolstoi, wäre, wenn ihn nicht am 7. November 1910 auf der kleinen Bahnstation Astapowa der Tod ereilt hätte, am 9. September (neuen Stils) 100 Jahre alt geworden. Nun deckt ihn die griesgraue Erde von Jasnaja Poljana, (d. h.: die lichte Waldwiese) im Gouvernement Tula, einem kleinen Dorf südlich von Moskau. Jasnaja Poljana ist aber nicht nur der ewige Ruheort dieses Zeit und viele Literaturen und Heilslehren überdauernden großen europäischen Dichters, es ist auch sein Geburtsort, die engere Heimat seines Dichtens und Wirkens und wurde, als seine menschliche und künstlerische Prophetenstimme über die Grenze des großen Rußlands in alle Welt und in Millionen Herzen flutete, zu einem vielbesuchten Wallfahrtsort ruhloser, zerrissener und dankbarer Menschen jener Zeit.

Der Vater und die Mutter Tolstois, die er schon als Kind verlieren mußte, entstammten alten Adelsgeschlechtern; sie waren Gutsbesitzer und höhere Offiziere, und die Geschichte dieser Familien kann man bis in das 12. Jahrhundert zurückblättern. Im Hause eines entfernten Verwandten, der Tatjana Alexandrowna Jergolskij, die seinen Vater einst geliebt hatte, ist Tolstoi aufgewachsen. Sechzehnjährig bezog er die Universität in Kasan, um sich vornehmlich dem Studium der orientalischen Sprachen, später der Rechtswissenschaft zu widmen, ohne aber innere Befriedigung darin zu finden. Obschon von Zweifeln und Selbstanklagen hin- und hergeworfen, sprang er kopfüber in den tosenden Strudel der großen Welt und führte „ein müßiges, dem Luxus ergebene Leben.“ Ohne Abschlußprüfung verließ er die Universität und ging nach Jasnaja Poljana zurück, um das ererbte Gut zu bewirtschaften. Schon dem Knaben und erst recht dem jungen Studenten ist der brutale unwürdige Despotismus der russischen aristokratischen Gesellschaft und der Gutsbesitzerkaste, der er angehörte, bewußt geworden. Die fürchterliche Unfreiheit und Kulturlosigkeit, die beispielsweise Verknechtung und menschliche Nichtachtung des russischen Bauern empörte ihn, machte ihn aufässig und beschleunigte in ihm eine „Selbstkehr“, die in den späteren Jahren und Jahrzehnten ihn als den Ankläger dieser im Wohlleben verdothenen aristokratischen Gesellschaft wirken lassen sollte. Das wurde, wie überhaupt alle Bemühungen Tolstois, kein politischer Radikalismus, der die Axt an die Wurzel allen ökonomischen und kulturellen Elends legte, sondern nur die Vorbereitung einer seelischen Revolution, die nicht zu bedeuten ist. Nachdem er Kasan verlassen hatte, schrieb er am 17. April (als ein neunzehnjähriger Gutsbesitzer) in sein Tagebuch: „In meinem Leben muß eine Veränderung eintreten, doch nicht die äußeren Umstände, — meine Seele ist es, die sie bewirken muß.“

Die Kinder- und Knabenjahre auf dem väterlichen Gut haben in Tolstoi einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen: Volk und Natur wurden ihm wache, nachdauernde Erlebnisse. Die liebende Hingabe an das naturverbundene Dasein der russischen bäuerlichen Menschen, das ledig aller erbärmlichen Verlogenheit der Moskauer, Petersburger sogenannten „Kultur“ war, all die Leiden und Sorgen dieser einfachen Menschen, dann die Natur selbst in ihrer grandiosen Schönheit und Wahrheit lieben in ihm den unsterblichen Dichter wachen, an dessen Bedeutung wir uns heute erinnern wollen. Kein Volk der Erde ist vielleicht der Natur und dem Boden, auf dem es leiden und leben muß, näher als das russische. Der russische Mensch ist ganz eingesetzt in den Rhythmus der Jahreszeiten, der Elemente, verloren in die Tragik und Schicksalhaftigkeit der tränen- und blutgedüngten Scholle, und keinen Dichter gibt es, der uns das Leben dieser lebenslänglich geplagten, ärmsten und nur von einem religiösen Fanatismus besessenen Bauern in so wahr und liebender Darstellung aufgezeichnet hat. Diesen Menschen wollte er Lehrer, Erzieher, Diener und Freund

sein, und er ist es ihnen, wenn er auch oft von dem Widerspruch zwischen Leben und Lehre gepeinigt wurde, auch geworden. Selbstverständlich ist der von Tolstoi mit gläubigem Temperament verkündete und von ihm gelebte Anarcho-Kommunismus, der in seinen moral-philosophischen, pazifistischen und sozial-ethischen Schriften werbenden und bekennenden Niederschlag fand, der dann unter dem Namen Tolstoianismus zu einer sektenhafte Lehre auswuchs, ein für unsere Zeit völlig verlorenes Experiment. Man soll jedoch nicht vergessen, daß die von Tolstoi und seinen Anhängern gepflegten Anschauungen wie: Ablehnung des Staates und der Kirche, Opposition gegen die Todesstrafe, Achtung des Krieges, Verwerfung der bürgerlichen Kultur, gerade die Umwälzung in Rußland und zum Teil auch in Westeuropa vorbereitend und die russische Revolution in den Sattel gehoben haben. Tolstois unerbittliche Gesellschaftskritik war ein Negativum, er kannte kein Proletariat, das in den Städten aufwuchs, er kannte keine Industrie. Er war alles andere als ein Sozialist, in dem einen nur möglichen Sinne, aber er hat den Finger in die Wunde unserer Zeit gelegt, er hat uns das russische Volk gezeigt und das reine, kindliche, gläubige Herz dieses Volkes.

Alle dichterischen Werke Tolstois, auch die frühesten, tragen autobiographischen Charakter und sind eine einzigartige psychologische Analyse seines Menschen. Sie sind es auch, wenn sie in der schweren Rüstung eines „historischen“ Romans einhermarschieren. „Krieg und Frieden“ und „Anna Karenina“ sind wohl seine bekanntesten Werke, Werke, in denen es brodelnd und dampft, und in denen die Natur, die in ihnen lebt, fast die Einbände dieser Bücher sprengen möchte. Alle seine Erzählungen sollte man lesen; es ist nicht nur Rußland, das er wirklich macht, nicht nur Krieg und Frieden, die Bauern und der schneegekrönte Himmel, nein, Leid, Schicksal, Herz, Seele, der Mensch ist unterwegs!

Der Malik-Verlag, Berlin, hat soeben eine vortreffliche vierzehnbändige Gesamtausgabe des dichterischen Schaffens Tolstois herausgebracht, die von den anerkannt besten Tolstoi-Übersetzern wie Arthur Luther, Erich Boehme, August Scholz bearbeitet wurden. Die wohlfeilen Bände werden in guter Ausstattung zu 3,80 Mk. für den Band, auch einzeln abgegeben, so daß sie in jedem Arbeiterheim ihren Platz finden können. Wer um eine gut einführende und billige Biographie verlegen ist, der greife zu dem Werk des Freiburger Literaturhistorikers Ph. Witkop: „Tolstoi“ (Wegweiser-Verlag, Berlin). Das Buch zeichnet sich durch eine offene und lebendige Darstellung aus, die noch vor allem durch die sehr geschickt und wirksam eingestreuten Zitate, Briefe und Tagebuchblätter an Lebendigkeit für einen wenig oder gar nicht orientierten Leser gewinnt. Eine schöne edle Geste der Dankesbezeugung ist das Werk Romain Rollands: „Das Leben Tolstois“ (Rütten & Loening, Frankfurt a. M.). Ein Hymnus reiner Menschlichkeit für einen ebenso reinen und wahrhaftigen Dichter der Menschheit. Sehr zu empfehlen sind noch vor allem die Tagebücher Tolstois, von denen zwei Bände, die Zeit von 1895 bis 1899 und von 1900 bis 1903 umfassend, bei Eugen Diederichs, Jena, erschienen sind. Ferner ist noch auf die für die sozialistische Arbeiterschaft besonders wertvolle und interessante Veröffentlichung „Tolstoi“ (im Verlag für Literatur und Politik, Berlin) hingewiesen, die Aufsätze von Prof. W. M. Fritsche (Moskau), Lenin, Plechanow enthält, und mit vielen literarischen Romanismen aufräumt. Ein sehr streitlustiges, kritisches und frisches Werk, wenn einem auch oft die wohl an manchen Stellen radikale, aber doch recht einseitige Betrachtungsweise zu einer Auseinandersetzung reizen möchte. W. G. O.

### Gespräch mit einem Fremden.

Von Leo Tolstoi\*.

Ich war am frühen Morgen ausgegangen. Gut und fröhlich war mir ums Herz. Ein prachtvoller Morgen! Die Sonne war eben erst über den Bäumen hervorgekommen, der Tau funkelte auf den Grashalmen und den Blättern. Lieblich war die Erde, und alles war gut. Es war so schön, daß

man nicht hätte sterben mögen. Man hätte noch eine Weile auf dieser Erde mit all ihrer Pracht leben mögen, mit dieser Freude im Herzen. Nun ja, aber das liegt nicht in meiner Hand, sondern in der des Herrn ...

Als ich zum Dorfe gelangte, stand an der Straße vor dem ersten Hause, mir seitlich zugewandt, ein Mann und rührte sich nicht vom Fleck. Er wartete offenbar auf irgendwen oder irgend etwas; er wartete ohne Ungeduld und Verärgerung, wie nur Arbeitsleute zu warten verstehen. Ich trat näher an ihn heran. Er war ein bärtiger, gesunder Bauer mit zerzausten grauen Haaren. Er hatte ein schlichtes Arbeitergesicht und rauchte, nicht eine Zigarette, sondern eine Pfeife. Wir begrüßten uns.

„Wo wohnt hier der alte Alexej?“ fragte ich.  
„Weiß nicht, mein Lieber, wir sind nicht von hier.“

Er sagte nicht „ich bin nicht von hier“, sondern „wir sind nicht von hier“. Der Russe ist fast nie allein. (Nur etwa wenn er etwas schlechtes tut, sagt er: „ich“.) Aber sonst heißt es: wir, die Familie, wir, die Genossenschaft, wir, die Gemeinde.

„Nicht von hier? Woher denn?“  
„Wir sind von Kaluga.“  
Ich deutete auf seine Pfeife.  
„Wieviel rauchst du wohl im Jahr? Drei Rubel doch sicher, was?“  
„Drei? Drei werden kaum langen.“  
„Warum läßt du es nicht?“  
„Wie kann man's lassen? Es ist eine Angelegenheit.“

„Ich habe früher auch geraucht, dann habe ich es gelassen, und jetzt ist mir viel wohler zumute, es geht ganz leicht.“  
„Wissen wir wohl, aber es ist langweilig ohne Pfeife.“

„Laß es nur sein, und du wirst doch keine Langeweile haben. Es ist doch nichts Schönes dabei.“

„Was soll Schönes dabei sein?“  
„Nichts Schönes ist dabei, also muß man es nicht tun. Auf dein Beispiel hin fängt auch ein anderer an zu rauchen. Und obendrein werden noch die Jungen sagen: Guck, der Alte raucht, nun, dann erlaubt es Gott auch uns ...“

„So ist's, genau so.“  
„So laß es sein!“  
„Würde's schon lassen, aber ohne Pfeife ist's langweilig, die Fliegen sollen sie fressen! Mehr aus Langeweile! Wird einem langweilig, gleich greift man nach der Pfeife. Der ganze Jammer ist — daß es immer so langweilig ist. So langweilig ist es manchmal, so langweilig, langweilig,“ sagte er mit gedehnter Stimme.

„Gegen die Langeweile sollte man lieber an seine Seele denken.“  
Er starrte mich an; sein Gesicht wurde plötzlich ernst und aufmerksam, während es vorher einfüllig komisch ausgesehen und eifrig dreisten und etwas großsprecherischen Ausdruck geliebt hatte.

„An seine Seele denken, an die Seele also“, sagte er und sah mir forschend in die Augen.

„Jawohl, wenn man an seine Seele denkt, gibt man sich nicht mehr mit dummen Nichtigkeiten ab.“

Sein ganzes Gesicht strahlte vor Milde und Freundlichkeit.

„Wahr ist's, Alter. Du sagst die Wahrheit. Die Seele die ist Hauptsache. Vor allem muß man an die Seele denken.“ Er schwieg einen Augenblick. „Danke, Alterchen, du hast recht.“

Er deutete auf seine Pfeife. „Das hier sind alles Dummeheiten, die Seele ist die Hauptsache“, wiederholte er. „Du sagst die Wahrheit.“

Und sein Gesicht ward noch gültiger und ernster.

Ich wollte das Gespräch fortsetzen, allein mir stieg etwas die Kehle hoch (ich habe jetzt die Schwäche, leicht zu weinen); ich konnte nicht mehr sprechen, verabschiedete mich von ihm, schluckte meine Tränen hinunter und ging mit milden, frohen Gefühlen davon.

Wie soll man nicht froh sein, wenn man inmitten eines solchen Volkes lebt, wie soll man nicht das Herrlichste von solchem Volk erwarten!

\* Aus Band VII der neuen Gesamtausgabe des dichterischen Werkes von Leo Tolstoi, die der Malik-Verlag soeben herausbrachte.

## Photolithographen Chromolithographen

vertraut mit allen modernen Verfahren, farbensicher o'er

welche auf Photolitho und Negativdrucke sich einzuarbeiten erwilligt sind, sofort in Dauerstellung gesucht. Nur erste Kräfte wollen Angebote mit Zeugnisabschriften, Lohnforderung und Muster selbstgefertigter Arbeiten einreichen.

Hugo Bestehorn, Papierverarbeitungswehre, Magdeburg.

## Offset-Drucker für Farbendruck

an eine Roland per sofort oder später gesucht. Derselbe muß auch mit dem Umdruck bewandert sein. Ausführliche Angebote mit Lohnansprüchen erbeten an

Johannes Illig, Buch- und Offsetdruckerei, Göppingen.

Am 6. dieses Monats verschied nach kurzem Leiden unser Betriebsratsmitglied

der Offsetdrucker

## Emil Dreilich

im Alter von 35 Jahren.

Sein ruhiges, stilles Wesen, sein offener, ehrlicher Charakter, sein Wirken im Betriebsrat, die Interessensvertretung seiner Kollegen sichern ihm ein bleibendes Gedenken.

Der Betriebsrat der Firma W. Büxenstein, Berlin.